

Absender:

**SPD-Fraktion im Rat der Stadt /
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt / Fraktion DIE LINKE. im
Rat der Stadt**

19-11208-02
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zum TOP "Einrichtung einer
Antidiskriminierungsstelle"**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.03.2020

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

12.03.2020

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Vorberatung)

17.03.2020

N

Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)

24.03.2020

Ö

Beschlussvorschlag:

In Braunschweig soll eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet werden.

Dazu wird die Verwaltung beauftragt, die Ergebnisse der „Demokratiekonferenz 2019 – Diskriminierung (k)ein Thema in Braunschweig?!“ vom 28.11.2019 umzusetzen und, wie dort verabredet, weiter vorzugehen:

- Eine weitere Konkretisierung des Themas „Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig“ ist durch eine zu gründende Arbeitsgruppe vorzunehmen.
- In die Arbeitsgruppe, die sich im April 2020 das erste Mal treffen soll, sind die Teilnehmenden der Demokratiekonferenz 2019 einzubeziehen.
- Eine externe Begleitung und Moderation des Prozesses ist zu beauftragen.

Die notwendigen Mittel zu Finanzierung der Antidiskriminierungsstelle sind in den Haushaltsplan 2021 einzustellen.

Sachverhalt:

Das Thema „Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig“ wurde im Ausschuss für Integrationsfragen (Afl) im Jahre 2019 mehrfach und ausführlich behandelt. Ausgangspunkt war ein Antrag der Fraktion Die Linke zur Afl-Sitzung am 06.03.2019 (Vorlage 19-09970).

Zur Afl-Sitzung am 09.06.2019 schlug die Verwaltung vor, „einen Fachtag zu initiieren, der die Öffentlichkeit für das Thema stärker sensibilisiert, die Vernetzung der Akteure fördert und tatsächliche Bedarfe feststellt“ (19-09970-01). Am 11.09.2019 beschloss der Afl einstimmig den interfraktionellen Antrag „Konferenz/Workshop zum Thema Antidiskriminierungsstelle“ (19-11597) der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken.

Dieser Fachtag zum Thema „Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig“ fand dann am 28.11.2019 im Rahmen der Demokratiekonferenz statt. An ihm nahmen 120 Personen aus über 20 verschiedenen Institutionen und Vereinen teil. Die Auswertung des Fachtags wurde dem Afl am 18.12.2019 vorgestellt und ist als Anlage beigefügt. Die Referentinnen und Referenten des Fachtags haben dargestellt, wie mit dem Thema Antidiskriminierungsarbeit in anderen Städten umgegangen wird. In mehreren Workshops wurden verschiedene Aspekte der Antidiskriminierungsarbeit behandelt. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass eine Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig für sinnvoll und wünschenswert erachtet wird.

„Ebenfalls wurde das Aufgabenspektrum näher beleuchtet. Es ist gewünscht, dass diese Stelle Begleitung, Beratung, Unterstützung, Prävention, Aufklärung, Sensibilisierung und Kooperationen/ Vernetzung von vorhandenen Angeboten bietet. Aber auch Öffentlichkeitsarbeit/ Offenlegung, Berichtswesen, Dokumentation, Datensammlung und eine Evaluation erstellt. Zur weiteren Konkretisierung des Themas sollte eine zu gründende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden. Hierzu sollten die Teilnehmenden der Demokratiekonferenz einbezogen werden“ (19-11208-01). – Das in der Beschlussempfehlung formulierte weitere Vorgehen entspricht der Empfehlung des Fachtages.

Auch die im Afl bisher diskutierten Aspekte sollen zur weiteren Konkretisierung in der Arbeitsgruppe aufgegriffen werden. Im Afl wurde insbesondere eine Anlaufstelle diskutiert, an die sich Opfer von rassistisch oder fremdenfeindlich motivierter Diskriminierung, Bedrohung oder Gewalt wenden können. In den Beratungen wurden aber auch Diskriminierungen wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung oder aufgrund einer körperlichen Beeinträchtigung genannt. Grundsätzlich wurde als eine weitere mögliche Aufgabe der Antidiskriminierungsstelle die Vernetzung der bereits bestehenden Beratungslandschaft gegen Diskriminierung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes genannt. In einem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wurde vorgeschlagen: „Nach Rücksprache mit den entsprechenden freien Trägern können auch Aufgaben als Anlauf- und Koordinierungsstelle übernommen werden.“ Die Verwaltung hat zudem mehrfach deutlich gemacht, dass es aus ihrer Sicht zwingend erforderlich ist, dass die lokale Antidiskriminierungsstelle unabhängig agieren kann (19-09970-01).

Die Etablierung einer lokalen Antidiskriminierungsstelle in Braunschweig ist daher nicht durch einen einfachen Ratsbeschluss zu erreichen. Vielmehr sind im Vorfeld die Akteure in der Stadt einzubinden. Dieses soll durch ihre Einbeziehung in die Arbeitsgruppe geschehen. Von der Möglichkeit, durch den Antidiskriminierungsverband Deutschland eine Prozessbegleitung zu erhalten (19-11208-01), sollte Gebrauch gemacht werden.

Was die Finanzierung der Antidiskriminierungsstelle angeht, wird erwartet, dass die Verwaltung die notwendigen Mittel in den Haushaltsplan 2021 einstellt.

Anlagen:

- Auswertung Demokratiekonferenz 2019 - Diskriminierung (k)ein Thema in Braunschweig?!
- Programmflyer Demokratiekonferenz 2019 - Diskriminierung (k)ein Thema in Braunschweig?! - Ein Fachtage rund um das Thema "Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig"



Braunschweig
Löwenstadt



Auswertung

**Demokratiekonferenz 2019 –
Diskriminierung (k)ein Thema
in Braunschweig?!**

Braunschweig 18.12.2019

Demokratiekonferenz 2019 – Resümee

120 Teilnehmende

mehr als 20 verschiedene Institutionen und Vereine



Markt der Möglichkeiten

Behindertenbeirat
Büro für Migrationsfragen
Gleichstellungsreferat
Haus der Kulturen
Refugium e.V.
Roots
Seniorenrat (wg. Krankheit nicht besetzt)
Verein für sexuelle Emanzipation e.V.
Volkshochschule



Impulsvortrag

Vera Egenberger (BUG Berlin)

Antidiskriminierung bedarf immer zwei Aspekte:

- Präventive Maßnahmen, Strukturen und Angebote
- Beratung, Begleitung und Unterstützung von Betroffenen

Podiumsdiskussion

Vera Egenberger
Ali Can
Christine Arbogast
Axel Werner
Daniel Bartel

- Bedarfsfeststellung allg.
- Inhalte von Antidiskriminierungsarbeit
- Definition von Diskriminierung



Workshopphase (60 min.)

Im Rahmen von verschiedenen Themen/ Perspektiven wurde über Diskriminierung und Antidiskriminierungsarbeit in Braunschweig diskutiert:

1. Aus dem politischen Raum wird eine Antidiskriminierungsstelle gefordert - Was könnte oder sollte eine solche Stelle leisten?
2. Wie müsste eine Antidiskriminierungsstelle konkret ausgestattet sein?

Workshop (1)

Diskriminierung erleben und damit umgehen – Perspektiven von Betroffenen

Unabhängige Anlaufstelle, die
begleitet und berät

Prävention und
Öffentlichkeitsarbeit (Offenlegung
von Alltagsrassismus)

Teilnahme an städtischen
Ausschüssen



Workshop (2)

Diskriminierung in Institutionen

Bewusste und unbewusste
Diskriminierung durch Institutionen

Strukturelle Diskriminierung nicht
immer sichtbar

Hilfsangebote unbekannt



Workshop (3)

Diskriminierung benennen, Betroffene unterstützen, Gleichbehandlung umsetzen – Antidiskriminierungsberatung in der Praxis



Externer Träger kann Druck aufbauen, radikaler und unabhängiger sein

Interner Träger kann vermitteln, Brücken bauen, agieren

Externe Prozessbegleitung zur Gründung

Workshop (4)

Diskriminierung durch und in Sprache

Elemente des Syndroms „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ findet in Sprache statt

Unreflektierte Wiederholung von „salonfähigen“ Bezeichnungen

Ausübung von Macht in/ durch/ über Sprache (Definitionsmacht)



Workshop (5)

Recht gegen Diskriminierung – Möglichkeiten und Grenzen im Recht(ssystem)

Antidiskriminierungsarbeit ist
eine Haltung

Mandatsvertretung

Externer Träger mit Anbindung
an Kommune



Workshop (6)

Antidiskriminierungsarbeit ist Demokratieförderung

Demokratieförderung sollte früh
beginnen

Vielfalt „schult“ und macht sensibel
und empathisch

Demokratie wird gefördert durch
Begegnungen, Dialog, Empathie,
Werte, Würde und Diplomatie



Zusammenfassung

Eine Antidiskriminierungsstelle wird als notwendig bewertet

1. Aus dem politischen Raum wird eine Antidiskriminierungsstelle gefordert - Was könnte oder sollte eine solche Stelle leisten?

Begleitung, Beratung, Unterstützung, Prävention, Aufklärung, Sensibilisierung und Kooperationen/ Vernetzung von vorhandenen Angeboten

Öffentlichkeitsarbeit/ Offenlegung, Berichtswesen, Dokumentation, Datensammlung, Evaluation

2. Wie müsste eine Antidiskriminierungsstelle konkret ausgestattet sein?

Wünschenswert wären keine doppelten Strukturen

Unabhängig von Verwaltung und Politik, aber Anbindung an Stadt

Teilnahme an Ausschüssen

Möglichkeit in Strukturen einzugreifen, Sanktionen zu erteilen und Handlungsschritte einzuleiten

anonym, mehrsprachig/ leichte Sprache, barrierefrei, zentral

Weiteres Vorgehen

Weitere Konkretisierung des Themas durch zu gründende Arbeitsgruppe

Einbeziehen der Teilnehmenden der Demokratiekonferenz

Um den Prozess weiter voranzutreiben, wäre ggf. eine externe Begleitung wünschenswert



**Vielen Dank für die
Aufmerksamkeit!**

Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Schuhstraße 24
38100 Braunschweig
Tel. 0531 4702-758
info@braunschweig.de

Demokratiekonferenz 2019

Diskriminierung (k)ein Thema in Braunschweig?!

Ein Fachtag rund um das Thema „Antidiskriminierungsarbeit in der Stadt Braunschweig“

Donnerstag, 28. November 2019
im TRAFO Hub
(Sophienstraße 40 - Braunschweig)



Programm

- 15:30 Uhr Ankommen & Kennenlernen auf dem Markt der Möglichkeiten
Infostände bestehender Beratungsmöglichkeiten in Braunschweig
- 16:00 Uhr Begrüßung
*Dr. Christine Arbogast
Sozialdezernentin der Stadt Braunschweig*
- 16:10 Uhr Impulsreferat von Vera Egenberger
- 16:30 Uhr Podium mit anschließender Diskussion
- 17:45 Uhr Pause
- 18:00 Uhr Workshops
- 19:00 Uhr Pause
- 19:15 Uhr Zusammenfassung der Workshops
- 20:00 Uhr Verabschiedung

Moderatorin

Sabine Schicke



Von 1985 bis 2018 war Sabine Schicke stellvertretende Leitung der Nordwest-Zeitung-Stadtredaktion Oldenburg. Neben ihrer Tätigkeit als Journalistin unterstützt Frau Schicke seit 20 Jahren Frauen bei der Qualifizierung für Führungsaufgaben, u.a. als Seminarleiterin im Rahmen des Mentoring-Programms „Frau.Macht.Demokratie“ und sie moderierte die Auftaktveranstaltungen dieses Programms.

Workshops

(1) Diskriminierung erleben und damit umgehen – Perspektiven von Betroffenen

In diesem Workshop geht es u.a. um die Perspektive der Betroffenen und um die verschiedenen Erfahrungen, die hinsichtlich Diskriminierung gemacht wurden. Wie sieht Diskriminierung aus und wie wurde diese erlebt? Auch soll der Frage nachgegangen werden, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen und bekannt sind. Was kann ich als Zivilperson tun? Welche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es?

Ali Can & Danijel Cubelic

(2) Diskriminierung in Institutionen

Diskriminierung in Institutionen umfasst verschiedene Bereiche wie Schulen, Universitäten, Kindertageseinrichtungen, Sportvereine, Jugendzentren u.v.m. In diesem Workshop wollen wir der Frage nachgehen, was Diskriminierung in Institutionen meint und wie diese Form von Diskriminierung aussieht. Welche Unterstützung gibt es für Betroffene? Welche Maßnahmen können von Betroffenen ergriffen werden?

Hartmut Dybowski & Madina Rostaie

(3) Diskriminierung benennen, Betroffene unterstützen, Gleichbehandlung umsetzen – Antidiskriminierungsberatung in der Praxis

In diesem Workshop soll nicht nur der Frage nachgegangen werden, wie Antidiskriminierungsarbeit in der Praxis aussieht hinsichtlich Bereiche und Formen. Ebenso soll sich über die Grenzen und Einschränkungen von Antidiskriminierungsarbeit ausgetauscht werden. Was braucht Antidiskriminierungsarbeit, um Betroffene unterstützen zu können?

Daniel Bartel & Céline Bartholomaeus

(4) Diskriminierung durch und in Sprache

Im Alltag begegnen uns verschiedene Formen und Ausprägungen von sprachlicher Diskriminierung. Im Rahmen dieses Workshops wollen wir uns mit Ihnen austauschen und diskutieren, wann, wie und wo diese Form von Diskriminierung stattfindet. Was sind Folgen bzw. Auswirkungen? Welche Möglichkeiten und Maßnahmen gibt es, um dieser Form von Diskriminierung entgegenzuwirken?

Api Kulasegaram & Mareike Walther

(5) Recht gegen Diskriminierung – Möglichkeiten und Grenzen im Rechtssystem

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Menschenrechte bilden die rechtliche Grundlage für Antidiskriminierungsarbeit. In diesem Workshop wollen wir uns mit den rechtlichen Möglichkeiten für Zivilgesellschaft und Antidiskriminierungsarbeit auseinandersetzen. Wo stößt Antidiskriminierungsarbeit an rechtliche Grenzen? Was wird rechtlich benötigt?

Vera Egenberger & Dr. Sandra Dittmann

(6) Antidiskriminierungsarbeit ist Demokratieförderung

Die Meinungsfreiheit ist grundlegend für eine demokratische Gesellschaft. In diesem Workshop wollen wir uns u.a. mit der Diskriminierung von Meinungsäußerungen auseinandersetzen. Was bedeutet es aufgrund einer Meinungsäußerung diskriminiert oder sogar bedroht zu werden für das persönliche Gefühl von Freiheit? Was bedeutet dies für unsere demokratische Gesellschaft? Und wie kann Antidiskriminierungsarbeit dahingehend demokratiefördernd sein?

Marion Lenz & N.N.

Besetzung des Podiums



Dr. Christine Arbogast

Dezernentin des Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernats der Stadt Braunschweig. Christine Arbogast besitzt jahrelange Erfahrung in der politischen Bildungsarbeit durch Verantwortung von Projekten und Ausstellungen zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland. Zudem promovierte Sie zum Thema Nationalsozialismus in Deutschland.



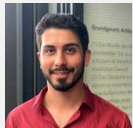
Vera Egenberger

Geschäftsführerin des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) in Berlin. Vera Egenberger arbeitet intensiv mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und berät Firmen und Institutionen wie Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, Behinderung, des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung vorgebeugt werden kann.



Daniel Bartel

Seit 2015 ist Daniel Bartel Geschäftsführer vom Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) – Dachverband unabhängiger Antidiskriminierungsbüros und -beratungsstellen. Als Diplompsychologe, Systemischer Berater/Therapeut und Diversitytrainer hat er u.a. 10 Jahre Erfahrung als Berater im Antidiskriminierungsbüro Sachsen. 2017 veröffentlichte er die Publikation „Antidiskriminierungsberatung (um)setzen. 10 Fragen und Antworten“.



Ali Can

Ali Can initiierte #metwo unter dem Menschen mit Migrationshintergrund ihre Erfahrungen mit Rassismus im Alltag veröffentlichen können. 2016 gründete er den Friedensverein Interkultureller Frieden e.V., der sich für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen, Nationalitäten und Interessen einsetzt. Zudem rief er 2016 das Bürgertelefon Hotline für besorgte Bürger ins Leben. 2017 folgte die Publikation dazu unter dem Titel „Hotline für besorgte Bürger: Antworten vom Asylbewerber Ihres Vertrauens“.



Axel Werner

Leitender Kriminaldirektor und Leiter der Polizeiinspektion der Stadt Braunschweig. Seit Jahren setzt sich Axel Werner mit der Gleichstellungsfrage im Polizeidienst und der Ausgestaltung einer antidiskriminierenden Polizeiarbeit auseinander. Zudem initiierte er einen Fachtag zum Thema Integration von Migrantinnen und Migranten in den Polizeidienst.

Informationen zur Anmeldung

Bitte melden Sie sich **bis zum 20. November 2019** für die Demokratiekonferenz und für einen Workshop Ihrer Wahl **per Email unter demokratie-leben@braunschweig.de** an.

Die Workshop-Teilnahme ist für ein Thema vorgesehen. Benennen Sie bitte zwei Workshop-Themen zur Auswahl (1. und 2. Wunsch), da die Plätze in den Workshops begrenzt sind. Die Zuteilung zum Workshop erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen.

Kontakt & Anmeldung

Melanie Prost
Projektkoordination
externe Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie

Auguststraße 9-11
38100 Braunschweig

Tel.: 0531 470 7359
Mail: demokratie-leben@braunschweig.de
Web: www.braunschweig.de/demokratie-leben

Wegbeschreibung

via ÖVP:

Tram 3 / Tram 5
bis Haltestelle
Luisenstraße fahren.
Der Cammanstraße
bis Sophienstraße
folgen, dann weiter
über den Hof auf einer
Pflastersteinstraße
bis zum TRAFÖ.



Mit freundlicher Unterstützung von:

Stadt Braunschweig
Fachbereich Soziales und Gesundheit
Abteilung Migrationsfragen und Integration



TRAFÖ Hub GmbH



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Hintergrund

Die Stadt Braunschweig ist 2015 in das Bundesprogramm "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" im Rahmen der bundesweiten Förderung lokaler "Partnerschaften für Demokratie" aufgenommen worden. Das Bundesprojekt wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Ziel ist es einen Prozess der lokalen Demokratieentwicklung auf Dauer zu verankern, zum Abbau von Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie beizutragen. Alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger sind gefragt, wenn es darum geht aktiv gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus anzugehen sowie die Partizipation und Teilhabe der Braunschweiger Stadtgesellschaft zu steigern.

Im Rahmen von "Demokratie leben!" können sich rechtskräftige Vereine, Verbände, Initiativen u.Ä., die sich in Braunschweig für Demokratie und Vielfalt einsetzen, mit ihrer Projektidee bewerben und Fördergelder (Zuwendungen) für die Umsetzung der Projektideen erhalten. Nicht rechtskräftige Interessengruppen können sich mit einem eingetragenen Verein zusammentun und gemeinsam einen Förderantrag stellen.

Die Demokratiekonferenz ist eine jährliche Veranstaltung, bei der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Vereine, Initiativen, politische und non-politische Interessensgemeinschaften, Migrantenselbstorganisationen u.v.m. eingeladen sind, um konkrete Handlungskonzepte für ein tolerantes und vielfältiges Braunschweig zu entwickeln. Es wird dazu aufgerufen, gemeinsam in einem organisierten Rahmen an Themen zu arbeiten, die das Zusammenleben vor Ort – in Braunschweig – bewegen, Fragen zu stellen sowie Antworten zu finden und natürlich implizit zu zeigen: Wir leben Demokratie!